



ARNO LUIK

„Eine Kulturrevolution. Eine Revolution des Denkens. Eine Revolution der Politik“ hält *stern*-Autor Arno Luik für notwendig, um die soziale Zerrissenheit des Landes zu überwinden. Sein Appell ist auch Antwort auf einen Essay seines *stern*-Kollegen Walter Willenweber „Tschüss, Mitte!“ von vorvergangener Woche (Nr. 38/2012).

Verdammte Mitte

Die Mittelschicht soll aufhören, nach oben zu buckeln und nach unten zu treten. Nur so gibt es MEHR GERECHTIGKEIT, meint *stern*-Autor Arno Luik

Sie waren keine Träumer, sie wollten nicht das Paradies auf Erden, nicht die klassenlose Gesellschaft, aber was immer sie auch politisch trennte, die 61 Väter und vier Mütter des Grundgesetzes wollten 1949 eine soziale Republik.

Sie wollten keine Republik mit obszöner Reichtum „oben“ und elendiger Armut „unten“, sie wollten ganz gewiss nicht so ein Land, wie es sich im Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung präsentiert: in dem das oberste Hundertstel der Haushalte 25 Prozent des gesamten Volksvermögens besitzt, in dem die obersten zehn Prozent über mehr als 53 Prozent des Nettovermögens verfügen – aber die Hälfte der Bürger gerade einmal ein einziges Prozent des Gesamtbesitzes ihr Eigen nennen kann.

Nein, solch ein Land wollten sie nicht, nicht so zerrissen, nicht so gespalten. Sie benutzten damals Wörter, die heute kaum ein Sozialdemokrat, kein Christdemokrat, von den Grünen und FDP-Politikern ganz zu schweigen, also kein Politiker jedenfalls, der in seiner Partei Karriere machen möchte, noch zu benutzen wagt: Gemeinwohl. Wohlfahrtsstaat. Sozialstaat.

Wohlstand für alle – jahrzehntelang war das das Staatsziel aller Parteien, ein Leitbild nicht nur für Sonntagsreden, es war keine Phrase, sondern Anleitung für politisches Handeln, für die Gestaltung der sozialen Wirklichkeit.

Die Ungleichheit hat in den vergangenen Jahren fast nirgends so rasant zugenommen wie in Deutschland, der Abstand zwischen Arm und Reich ist hier so groß wie noch nie. Gemessen an seiner Einwohnerzahl hat dieser Staat mehr Hyperreiche produziert als irgendein anderes Land der Erde – über 100 Milliarden gibt es in Deutschland, so viele wie in Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien zusammen.

Diese unfassbar Reichen – man sieht sie nicht, man kennt sie nicht, man weiß so gut wie nichts über sie, sie leben unter uns und sind doch Aliens. Wie haben sie es bloß geschafft, dass man sie nicht im Blick hat? Dass man nicht weiß, wie viele Millionen an Steuern sie zahlen müssten, aber oft nicht zahlen, wie viele Milliarden sie die Mittelschicht, die den Großteil des Steueraufkommens aufbringt, also tatsächlich kosten?

Neid, ja, davon wird der Blick nach oben geprägt – aber nicht von derselben Wut, die den Blick nach unten trübt. Oben: Das sind diejenigen, die es irgend-

wie geschafft haben, mit denen viele sich gemeinmachen würden, wenn sie bloß könnten.

Aber so einfach ist das nicht. Der Aufstieg nach ganz oben – er funktioniert nicht, funktioniert fast nie. Es ist die Gnade der richtigen Geburt, die Spitzenpositionen in der Wirtschaft ermöglicht. Zum Manager wird man geboren, nur ein Vorstandsvorsitzender aus den Dax-30-Unternehmen ist ein Arbeiterkind.

Es gab mal eine kurze Zeit, in den späten 60er und frühen 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als der Aufstieg für die Mittelschicht und sogar für die von ganz unten möglich war. Damals steckte der Staat ordentlich Geld in die Ausbildung jener Bürger, die fast nichts hatten. Das ist vorbei. Heute fährt der Fahrstuhl äußerst selten nach ganz oben. Eher geht er nach unten.

Aber denen da unten gilt die Abwehr, die Abgrenzung, die Wut, manchmal sogar der Hass. Anders als Reiche scheint man die da unten, die Armen, genau zu kennen. Der Arme ist faul. Arbeitet nicht, schlimmer noch: Er will gar nicht arbeiten. Er verplempert die Stütze für Flachfernseher, glotzt Tag und Nacht TV, säuft Bier, er raucht, er stinkt. Ist verwahrlost, gefährlich, unheimlich. Und kostet die Mittelschicht sehr viele Milliarden. So sind immerhin 57 Prozent der Bundesbürger der Meinung, dass sich Langzeitarbeitslose „ein schönes Leben auf Kosten der Gesellschaft machen“.

Vielleicht braucht die Mittelschicht dieses Zerrbild von denen da unten. Zur eigenen Versicherung: So bin ich nicht! So einer werde ich nie sein! Es gilt, der Angst vor dem eigenen Absturz zu begegnen, einer Angst, die sehr wohl begründet ist. Der Schritt ins Abseits ist seit der Agenda 2010 kleiner denn je: Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist, wird an Hartz IV durchgereicht. Und wer dann der staatlichen „Grundsicherung“ bedarf, muss sein gesamtes Leben, seine finanziellen, familiären Umstände entblößen. Ein demütigender Sozial-Striptease.

Hamburg ist eine Boomstadt. „Die Weltstadt am Wasser“, so schrieb der *stern*, „begeistert Touristen, Architekten, Unternehmen – mit weißen Villen und Wind und Weite!“ Hamburg ist eine Boomstadt. Die Armut boomt: 265000 Menschen in der Hansestadt leben in Armut – das sind fast 15 Prozent der Bevölkerung. Über 50000 Kinder wachsen in Armut auf. 50000 Kinder – und für die Kinder heißt das oft: Scham. Verzweiflung. Und manchmal heißt es auch knurrende Mägen. Und das in einer der reichsten Städte Deutschlands: Hier leben 12000 Vermö-

gens- und mehr als 1000 Einkommensmillionäre. Und neun Milliarden.

Deutschland: Das ist die Heimat der Reichen, die Heimat der Habenichtse.

Wie viel Ungleichheit hält ein Land aus? Selbst im konservativen Lager wächst die Sorge über ein Land, in dem die Reichen und die Armen nicht mehr gemeinsam haben als ihre Staatszugehörigkeit: „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“, hieß die Überschrift über einem ganzseitigen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Darin beklagt Herausgeber Frank Schirrmacher das „Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie“, das zu einer Zerstörung bürgerlicher Werte und Ideale geführt habe, und, einen britischen Kommentator zustimmend zitierend, schreibt er, dass die Demokratie „sich zu einem System pervertiert hat, das die wenigen bereichert“. Da klingt der „FAZ“-Herausgeber nun fast wie Bert Brecht: „Reicher Mann und armer Mann. Standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Wie ist das bloß passiert, diese soziale Desintegration, so heimlich, so leise und fast unmerklich, dieser Umbau des Sozialstaats, bei dem das Soziale verschwand? Ein kleines Beispiel: Zwei Männer, zwei Deutsche, zwei Sozialdemokraten, die mal Kanzler waren. Der eine, Willy Brandt, übernahm nach dem Ausscheiden aus dem Amt den Vorsitz der „Nord-Süd-Kommission“, sorgte sich um eine Verbesserung der Lebensbedingungen in der Dritten Welt. Der andere, Gerhard Schröder, zog für ein üppiges Honorar in den Aufsichtsrat des russischen Staatskonzerns Gazprom, kurz nachdem er als Kanzler den Bau einer Gaspipeline dieser Firma durch die Ostsee durchgeboxt hatte. Manchmal zeigt sich ganz besonders deutlich, was für einer er ist, wenn er geht.

Auch die Finanzkrise seit 2008 – und das gerät meist aus dem Blick – schadete den Vermögenden nicht sehr. Der Staat rettete nicht nur die Banken vor dem Untergang, er rettete auch privaten Reichtum: Durch die milliarden schweren Hilfen und staatlichen Garantien wurden die Vermögensbesitzer vor großen Verlusten geschützt – während der Staat verarmte. Die Staatsschulden in Deutschland stiegen um 400 Milliarden Euro, das Privatvermögen wuchs im gleichen Zeitraum um 1,4 Billionen Euro. Wer je einen Beleg dafür suchte, wie Geld die Welt regiert, wie Gewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert werden – da ist er. Es ist ja nicht so, dass alle Milliarden Euro in der Krise verbrannt sind, sie sind oft nur in andere Taschen gewandert.

Zwischen 1992 und 2012 ist das Nettovermögen des Staates, trotz des von 4,6 auf rund 10 Billionen Euro gewachsenen Privatvermögens, um über 800 Milliarden Euro zurückgegangen, und das heißt ganz konkret: weniger Geld für Schulen, Kindergärten, Kultur, Schwimmbäder, für Bildung.

Bildung, sagen die Politiker aller Parteien bei jeder Gelegenheit, ist der Schlüssel dafür, dass die Gesell-

schaft nicht auseinanderreißt, dass Arme nicht in ihren Ghettos verhaftet bleiben. Bildung, so heißt es, ist der Schlüssel für Aufstieg und für eine gerechtere Gesellschaft. So reden sie, aber so meinen sie es nicht. Gerade hat die grün-rote Landesregierung in Stuttgart beschlossen, in den nächsten beiden Jahren 2200 fre werdende Lehrerstellen nicht mehr zu besetzen – den Haushalt soll das um 23 Millionen Euro entlasten. Diese Kürzung ist aber nur ein Vorspiel. Bis 2020 sollen weitere 11600 Lehrerstellen abgebaut werden. Es gebe weniger Kinder. Aber die Lehrer könnte man dennoch gut gebrauchen: in Problemvierteln, für Intensivkurse, bei Deutschkursen für Ausländer.

Nein, die Politik macht in Sachen Bildung schon mal das Gegenteil dessen, was sie verkündet. Und das hat Folgen. Über 50000 Jugendliche verlassen jährlich die Schulen ohne Abschluss. Ein Fünftel aller 15-Jährigen kann nicht richtig lesen oder schreiben. 15 Prozent eines Jahrgangs werden komplett abgehängt, sind ohne Perspektive. Keine Gesellschaft hält so etwas auf Dauer aus.

Deutschland im Jahr 2012. Nein, so hat dieses Land nicht werden wollen. So arm, so reich, so zerrissen. Mit einer Mittelschicht, die zwischen den beiden Polen zerrieben wird und immer häufiger zu den Niedriglöhnern absteigt.

Sonderbar, warum unterstützt die Mittelschicht eine Politik, die diese Ungerechtigkeiten systematisch produziert? Warum diese unverbrüchliche Phalanx zwischen jenen, die gerade so zurechtkommen, und jenen, die unfassbar reich sind? Warum fordert die Mittelschicht nicht eine andere Steuer- und Verteilungspolitik? Mehr Steuern auf große Vermögen, Erbschaften und Kapitaleinkünfte? Es wäre zu ihrer eigenen Sicherheit. Denn die Wahrscheinlichkeit, den Sprung nach oben zu schaffen, ist ungleich geringer, als nach unten durchgereicht zu werden und als Hartz-IV-Fall zu enden. Um ihre eigene Zukunft zu sichern, muss die Mittelschicht, die ja Wahlen entscheidet, also faktisch Macht hat, umdenken lernen.

Eine Kulturrevolution ist überfällig. Eine Revolution des Denkens. Eine Revolution der Politik. Warum ist das Wort „Umverteilung“ noch immer ein Unwort, politisch auf dem Index? Der Armutsbericht dokumentiert ja, dass Umverteilung etwas ganz Selbstverständliches ist, dass in den vergangenen Jahren konsequent umverteilt wurde: von unten nach oben. Höchste Zeit also für selbstbewusste Bürger, eine neue Umverteilung zu verlangen. Wer sich für Vermögens- und höhere Spitzensteuern, für Vollzeit-arbeitsplätze und Mindestlöhne einsetzt, sich gegen das Absenken des Rentenniveaus ausspricht, ist kein verkappter Kommunist. Sondern ein Citoyen, der sich für das Wohl dieses Landes einsetzt.

1949 formulierten die Väter und Mütter des Grundgesetzes einen schlichten Satz – als Richtschnur für staatliches und privates Handeln: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“



FOTOS: TIMMO SCHREIBER; D. HEINEMANN/BLUE MAGENTA; VARIO IMAGES